

Schmidt will Festpreise für Arznei

Gesetz soll Kosten bremsen / Kassen-Defizit zum Jahresende

Von Karl Doemens

Nach dem vorläufigen Scheitern ihres Vorstoßes zur Erhöhung der Tabaksteuer legt sich Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) mit der Pharma-Industrie an: Per Gesetz will die Politikerin die Preise für neue Arzneien regulieren. Die Zeit drängt: Den Krankenkassen droht nach *FR*-Informationen im Gesamtjahr ein Defizit von bis zu 1,5 Milliarden Euro.

BERLIN, 30. September. Noch vor der eigentlichen Gesundheitsreform will Ministerin Schmidt durch eine Notbremsung die drohenden Beitragserhöhungen für Kassenpatienten verhindern. „Wir brauchen ein zustimmungsfreies Vorschaltgesetz, um die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen zu stabilisieren“, sagte die Politikerin am Montag der *FR*.

Als Sofortmaßnahme schwebt Schmidt die Einführung von Festpreisen für neue patentgeschützte Arzneimittel vor, die keinen nachweisbaren zusätzlichen Nutzen bringen. Diese „Schein-Innovationen“ gelten als wichtigster Grund für den Anstieg der Arzneiausgaben, die im Juli um 8,2

Prozent zulegten. Durch eine Deckelung könnten nach Schätzungen des Ministeriums ein bis zwei Milliarden Euro eingespart werden.

Hintergrund des Plans ist die dramatische Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen. Noch Anfang September hatte Schmidt zwar nach einem Halbjahresminus von 2,4 Milliarden Euro für das Gesamtjahr ein „ausgeglichenes Ergebnis“ der Kassen in Aussicht gestellt. Inzwischen rechnet das Ministerium nach *FR*-Informationen aber mit einem Defizit von einer bis 1,5 Milliarden Euro. Eine Erhöhung des durchschnittlichen Beitragssatzes von 13,99 auf mindestens 14,2 Prozent wäre dann unausweichlich. Als Grund nennen Experten vor allem die Einnahmeausfälle auf Grund der Wirtschaftskrise.

Zwar hat Schmidt mit den Behandlungsprogrammen für chronisch Kranke und den Krankenhaus-Fallpauschalen vor der Wahl erste Veränderungen angestoßen. Doch dürften diese Neuerungen die Kassen frühestens in zwei Jahren entlasten. Weitere Strukturreformen würden angesichts der Dauer des Gesetzgebungsverfahrens und der Mehrheitsverhältnisse im

Bundesrat ebenfalls in den nächsten Monaten keine Entlastung bringen, heißt es in Koalitionskreisen. Deshalb wolle Schmidt mit einem im Bundesrat zustimmungsfreien Vorschaltgesetz die Arzneiausgaben deckeln. Ihrer Forderung, über eine höhere Tabaksteuer die Vorsorgeleistungen der Kassen zu finanzieren, werden hingegen kaum Chancen eingeräumt.

„Festbeträge für patentgeschützte Analogpräparate sind kurzfristig die wirksamste Ausgabenbremse“, begrüßte ein hoher Vertreter der Krankenkassen im Gespräch mit der *FR* den Plan. Die Spitzenfunktionäre der Kassenverbände kommen am heutigen Dienstag in Bonn mit Gesundheits-Staatssekretär Klaus Theo Schröder zusammen, um über die Finanzmisere zu reden. In ihrem Forderungskatalog stehen neben der Eindämmung der Schein-Innovationen auch die Vorlage der Positivliste verordnungsfähiger Medikamente sowie die umstrittene Zulassung des Pillen-Versandhandels.